

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Finanzielle Ausstattung der Kommunen

Die **Kleine Anfrage 3836** vom 13. Oktober 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch sind jeweils die Kassenkredite der Orts- und Verbandsgemeinden im Kreis Germersheim zum Jahresende seit 2004?
2. Wie hoch sind jeweils die Investitionskredite der Orts- und Verbandsgemeinden im Kreis Germersheim zum Jahresende seit 2004?
3. Wie hoch ist jeweils die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen im Kreis Germersheim?
4. Welche Kommunen weisen für das Jahr 2014 einen defizitären Haushalt auf?
5. Wie hoch sind diese Defizite jeweils?
6. Wie hoch ist jeweils die Neuverschuldung im Jahr 2014?
7. Welche Bedeutung kommt bei den kommunalen Haushalten dem Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital (Verschuldungsgrad) zu?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. Oktober 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Angaben ergeben sich jeweils für die Jahre 2004 bis 2014 aus Anlage 1, Tabelle 1, Spalte 5.

Zu Frage 2:

Die Angaben ergeben sich jeweils für die Jahre 2004 bis 2014 aus Anlage 1, Tabelle 1, Spalte 7.

Zu Frage 3:

Die Angaben ergeben sich jeweils für die Jahre 2004 bis 2014 aus Anlage 1, Tabelle 1, Spalte 3.

Zu den Fragen 4 und 5:

Im Hinblick auf die Formulierung „defizitärer Haushalt“ wird auf Nr. 7 der VV zu § 93 GemO verwiesen.

Daten zum Ergebnishaushalt, zur Ergebnisrechnung, zum Finanzhaushalt sowie zur Bilanz werden gemäß dem Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1312) geändert worden ist, von der amtlichen Statistik nicht erhoben.

Die Angaben für den Ausgleich der Finanzrechnung 2014 wurden näherungsweise anhand der vierteljährlichen Kassenstatistik 2014 ermittelt und sind in Anlage 2, Tabelle 2 dargestellt.

Zu Frage 6:

Die Angaben für die Neuverschuldung der Kassenkredite bzw. Kredite zur Liquiditätssicherung sowie der Investitionskredite der Orts- und Verbandsgemeinden im Landkreis Germersheim ergeben sich jeweils aus Anlage 1, Tabelle 1, Spalte 6 bzw. Spalte 8.

Zu Frage 7:

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht gilt im Hinblick auf den Verschuldungsgrad: Je niedriger der Verschuldungsgrad (oder auch je höher der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital) ist, desto niedriger ist das Gläubigerrisiko einzustufen und umgekehrt.

Für kommunale Haushalte tritt die Bedeutung des Verschuldungsgrades zurück, da in § 12 der Insolvenzordnung (InsO) die Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens bestimmt, und zwar über den Bund, die Länder sowie juristische Person des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht eines Landes unterstehen, sofern das Landesrecht diese Unzulässigkeit festlegt. In Rheinland-Pfalz ist durch § 8 a Abs. 1 des Landesgesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung und der Insolvenzordnung vom 30. August 1974 die kommunale Insolvenzunfähigkeit bestimmt. Über das Vermögen einer Körperschaft und somit auch über das Vermögen einer Kommune findet ein Insolvenzverfahren nicht statt, sodass es kein Gläubigerrisiko gibt.

Darüber hinaus ist es einer kommunalen Gebietskörperschaft unbenommen, sich im Rahmen ihres in Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes garantierten Rechts, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, bei ihren Entscheidungen am Verschuldungsgrad oder an anderen Größen zu orientieren. Die „Satzung generationengerechte Finanzen der Ortsgemeinde Stadtkyll“ vom 31. März 2014 ist als Beispiel in Anlage 3 beigefügt.

In Vertretung:
Günter Kern
Staatssekretär

Anlage 1

Tabelle 1: Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes des Verbandsgemeindebereichs im Landkreis Germersheim gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich zum 31.12.2014

Jahr	Einwohner- zahl zum 30. Juni*	Kassenkredite bzw. Kredite zur Liquiditätssicherung und Investitionskredite der Orts- und Verbandsgemeinden im Landkreis Germersheim*		davon:				
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Neuver- schuldung)	Kassenkredite bzw. Kredite zur Liquiditäts- sicherung der Orts- und Verbands- gemeinden im Landkreis Germersheim	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Neuver- schuldung)	Investitionskredite der Orts- und Verbands- gemeinden im Landkreis Germersheim	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Neuver- schuldung)	
		Euro	Euro je Einwohner	Euro				
Personen		2	3	4	5	6	7	8
Spalte	1							
2004	86.728	39.283.000	452,94	1.232.000	2.775.000	379.000	36.508.000	853.000
2005	86.806	41.873.000	482,37	2.590.000	4.900.000	2.125.000	36.973.000	465.000
2006	87.046	43.125.000	495,43	1.252.000	3.180.000	-1.720.000	39.945.000	2.972.000
2007	87.082	44.259.000	508,25	1.134.000	3.964.000	784.000	40.295.000	350.000
2008	87.392	43.120.000	493,41	-1.139.000	3.800.000	-164.000	39.320.000	-975.000
2009	87.119	49.565.000	568,93	6.445.000	9.500.000	5.700.000	40.065.000	745.000
2010	86.887	58.335.979	671,40	8.770.979	13.000.000	3.500.000	45.335.979	5.270.979
2011	86.852	59.148.098	681,02	812.119	14.065.572	1.065.572	45.082.526	-253.453
2012	87.201	75.616.806	867,16	16.468.708	19.890.017	5.824.445	55.726.789	10.644.263
2013	87.511	99.204.100	1.133,62	23.587.294	32.057.173	12.167.156	67.146.927	11.420.138
2014	88.019	113.045.890	1.284,34	13.841.790	34.603.550	2.546.377	78.442.340	11.295.413

* VG Bellheim, VG Hagenbach, VG Jockgrim, VG Kandel, VG Lingenfeld, VG Rülzheim zusammen.

Hinweise:

In den Jahren vor 2010 wurde keine Unterscheidung in Kredite gegenüber dem öffentlichen und dem nicht-öffentlichen Bereich getroffen.

In den Jahren vor 2010 wurde bei den Fonds, Einrichtungen u. Unternehmen (FEU) nicht zwischen dem staatlichen und dem nicht-staatlichen Sektor unterschieden. Es liegen keine Schulden der Extrahaushalte des Verbandsgemeindebereichs gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich in den Jahren 2010 bis 2014 vor.

Anlage 2

**Tabelle 2: Haushaltsdefizite der Orts- und Verbands-
gemeinden im Landkreis Germersheim, in Euro**

Körperschaft	2014
	Euro
LK Germersheim	-3.722.621
Germersheim,St	-1.473.726
Wörth am Rhein,St	12.040.794
VG Bellheim	615.473
Bellheim	555.407
Knittelsheim	2.646
Ottersheim bei Landau	140.032
Zeiskam	139.870
VG Hagenbach	272.280
Berg (Pfalz)	28.312
Hagenbach,St	-643.607
Neuburg am Rhein	-18.600
Scheibenhardt	-129.262
VG Jockgrim	-1.407.725
Hatzenbühl	-165.619
Jockgrim	-2.166.234
Neupotz	9.364
Rheinzabern	-564.644
VG Kandel	1.457.581
Erlenbach bei Kandel	-43.033
Freckenfeld	11.035
Kandel,St	-1.716.832
Minfeld	-111.825
Steinweiler	88.850
Vollmersweiler	-1.232
Winden	-102.943
VG Lingenfeld	28.802
Freisbach	-170.236
Lingenfeld	-978.490
Lustadt	-544.961
Schwegenheim	-800.384
Weingarten (Pfalz)	-502.696
Westheim (Pfalz)	-292.840
VG Rülzheim	296.020
Hördt	-199.017
Kuhardt	-114.370
Leimersheim	-501.785
Rülzheim	-1.094.989

Anlage 3

Satzung generationengerechte Finanzen der Ortsgemeinde Stadtkyll vom 31. März 2014

Der Ortsgemeinderat hat auf Grund § 24 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

Präambel

In der Politik einer Ortsgemeinde darf nicht nur die Gegenwart gesehen werden. Eine nachhaltige Politik hat immer auch die Zukunft im Blick.
Schulden bzw. die daraus resultierenden Tilgungs- und Zinslasten mindern die Gestaltungsmöglichkeiten bereits heute und selbstverständlich auch künftiger Generationen in der Ortsgemeinde Stadtkyll.
Ein weiterer Anstieg der gemeindlichen Verschuldung muss daher unbedingt vermieden werden.
Darüber hinaus muss die bestehende Verschuldung, insbesondere der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskreditinanspruchnahme, abgebaut werden.
Mit der nachfolgenden Satzung sollen diese beiden Ziele im Wege der Selbstverpflichtung des Ortsgemeinderates erreicht werden.

§ 1 Selbstverpflichtung

- (1) Ab dem Haushaltsjahr 2015 ist sowohl in der Planung als auch in der Rechnung das ordentliche Ergebnis (Position 24 des Ergebnishaushaltes bzw. der Ergebnisrechnung) mindestens auszugleichen.
- (2) Ab dem Haushaltsjahr 2015 ist zum Abbau der hohen Liquiditätskreditverschuldung sowohl in der Planung als auch in der Rechnung ein positiver Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Position 26 des Finanzhaushaltes bzw. der Finanzrechnung) zu erzielen, der mindestens die ordentliche Tilgung (Position 46 des Finanzhaushaltes) abdeckt.
- (3) Die Regelungen zum Haushaltsausgleich im § 93 Absatz 4 der Gemeindeordnung und in § 18 der Gemeindehaushaltsverordnung bleiben unberührt.

§ 2 Erhebung eines Generationenbeitrages

- (1) Zur Erreichung der in § 1 festgeschriebenen Ziele (mindestens Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses sowie positiver Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen) erhebt die Ortsgemeinde einen Generationenbeitrag.
- (2) Der Generationenbeitrag wird erhoben als Aufschlag auf die Grundsteuer B. Maßgeblich für die Erhebung der Grundsteuer B ist allein der in der jährlichen Haushaltssatzung festgesetzte Hebesatz.

noch Anlage 3 (Fortsetzung)

(3) Der Generationenbeitrag wird nur für den Fall erhoben, dass die in § 1 festgeschriebenen Ziele nicht anderweitig erreicht werden.

§ 3 Rückstellungsbildung

(1) Die Bildung von Rückstellungen ist nur zulässig, wenn damit eine vollständige Finanzvermögensdeckung einhergeht.

(2) Das dadurch aufgebaute Finanzvermögen darf erst dann zu Auszahlungszwecken verwandt werden, wenn die Rückstellungen, zu deren Deckung es angesammelt worden ist, zahlungswirksam aufgelöst werden.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.07.2014 in Kraft.

Stadtkyll, 31. März 2014



Harald Schmitz, Ortsbürgermeister

Hinweise:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der Jahresfrist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde oder der Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll, 54584 Jünkerath, unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.